

Gewerkschaftliches.

Gegen das Betriebsräte-Gesetz.

Die Aktion der Angestellten-Ausschüsse in der Metallindustrie Groß-Berlins nahmen nach einem Betrage des Genossen Däumig eine wichtige Resolution an:

Die Aktion der Groß-Berliner Metallindustrie erhoben gegen den Regierungsentwurf über das Betriebsräte-Gesetz scharfen Protest und fordern die Verbände der A. F. A. für die Metallindustrie, in welcher die Angestellten als erste in Deutschland für die Demokratisierung der Betriebe kämpften, auf, mit geistiger Befähigung die Protestbewegung einzuleiten, damit Arbeiter und Angestellte in geschlossener Front für ein wirkliches Mitbestimmungsrecht den Kampf beginnen können.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Angestellten der Berliner Metallindustrie mit den vom Referenten Däumig vertretenen Grundgedanken für die Bekämpfung der Wiedererrichtung der kapitalistischen Wirtschaft einverstanden und gelobten, sich mit allem Können dafür einzusetzen, daß die Aufklärung der Kollegen in die Betriebe hineingetragen werde. Sie bekundeten erneut ihre Solidarität mit den Arbeitern in den Werkstätten in dem festen Willen, mitzuwirken, um das gemeinsame Ziel, die wirtschaftliche Befreiung der gesamten arbeitenden Klasse, zu erreichen.

Darauf sprach Kollege Blatan über den Tarifvertrag. Gewiß weise der noch neuromanischer Verhandlung geschaffene Vertrag noch Mängel auf. Immerhin bildet der Tarif eine gute Grundlage für das Arbeitsverhältnis. Das Mitbestimmungsrecht sei doch gleich geblieben, wie es im April erlassen worden ist. Ueber den Wettbewerb und den Erfinderschutz finden noch Verhandlungen statt. Der Tarif tritt rückwirkend am 1. Juli in Kraft, in den Betrieben, die am 1. September weniger als 50 Angestellte hatten, am 1. August.

Wahlprüfungs-Kommissionen. Die am Sonntag, den 7. September abgehaltene Versammlung erklärte den feierlich gefassten Beschluß, daß nur Funktionäre gewählt werden können, die auf dem Boden des sogenannten unerschütterlichen Käsejammers stehen, als einen Fehlbeschuß, nachdem ein vorübergehender Antrag in der Vorstandsversammlung mit 10 gegen 2 Stimmen angenommen worden. Danach werden in den Zentralvorstand die Kollegen Krumrey und als Revisor Kollege W. in die Revisionskommission Kollege W. Grohmann und G. Schulz gewählt. In die Berliner Lohnkommission werden die Kollegen Hoed, Bergemann und Haack und in die Gewerkschaftskommission G. Grohmann, Hoed, Hoed und Bergemann gewählt. Sodann berichtet der Vorstand über die Verhandlungen mit den Berliner Hilfsvereinen. Es wurden nach längeren Verhandlungen folgende Abmachungen getroffen: Für männliche Arbeiter pro Woche 11 M., für weibliche Arbeiter über 17 Jahre pro Woche 8 M., für weibliche Jugendliche unter 17 Jahren pro Woche 3 M. Wagnersätze erhalten vom 1. Oktober 1919 unter 17 Jahren 57 Pf., über 17 Jahre 67 Pf. Schwache Jungen werden vom 1. Oktober 1919 bezahlt und gelten bis 31. 12. 19. Arbeiterstunden sind vom 1. 9. 19 die ersten beiden Stunden mit 43 Pf., die zweiten mit 63 Pf., und die weiteren mit 66 Pf. Künftig auf den Stundenlohn zu entscheiden. Ertragsanteile erhöhen sich künftig um 2 M. Bei vorläufiger Arbeitslosigkeit treten für das Hilfspersonal die entsprechenden Bemerkungen der Gehilfen in Kraft. Nach eingehender Diskussion erklärte sich die Versammlung mit diesen Abmachungen einverstanden. G. Grohmann gab den Schlußwort für das Hilfspersonal in den chronologisch-graphischen Anstalten bekannt, danach sind dort Löhne von 96 bis 106 Mark für männliches und 55 bis 60 Mark für weibliches Personal zu zahlen. In diesen Betrieben waren bisher die niedrigsten Löhne gezahlt worden. Eine eingehende Debatte über die Forderungen der Arbeiterinnen hebelte, eine, die die Gewährung eines Besondereinges und den Ausbau des Berliner Hilfsvereins betraf. Der Vorstand ersuchte, daß die Anträge möglichst dem Vorstand eingereicht werden. Beide Anträge wurden angenommen, worauf die gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Das Flugblatt „Kasseler der Berliner Kasseler Arbeiter“ ist, wie wir erlöste werden mitteilen, nicht mit Zustimmung der revolutionären Komitee und Vertrauensleute sowie der revolutionären Betriebsorganisation von den übrigen Mitgliedern der Zentralkommission verbreitet worden. Berlin, 11. September.

Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages! Der stoffliche dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, Diener Groß-Berlin, und der Gesellschaft für Chirurgie- und Zahnmedizin am 17. April 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen der in der Chirurgie- und Zahnmedizin beschäftigten kaufmännischen Angestellten ist gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet des Bundesverbandes Groß-Berlin vom Reichsarbeitsministerium vom 1. September 1919 ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Alle Angestellten der Firmen, bei denen dieser Tarif noch nicht in Geltung ist, müssen nunmehr schleunigst auf Durchsetzung desselben drängen.

Groß-Berlin.

Sturm auf gegen die Kommunalisierung.

Während in der Vormoche die Wählermeister die Stadtverordnetentribüne füllten und heftige Ständlungen gegenlegentlich der Verhandlungen über die Brot- und Milchversorgung ausführten, waren an diesem Donnerstag die Milchinteressenten Gäste der Tribüne. Die rechtsstehende Gruppe der Versammlung hatte eine Interpellation über die Milchversorgung eingebracht und dazu die Milchinteressenten auf die Tribüne geladen. Die Fragestelen, die für eine Anzahl dieser Herren leistete, übersteigen alles Gedachte und können nur mit dem Benehmen der Wählermeister an die Seite gestellt werden. Die einzelnen Redner, die für die Kommunalisierung eintraten, wurden als Juden und Judengenossen angepöbeln. Besonders niederrichtig wurde der Delegiert der Partei Herr Stadtrat Simonohn angegriffen. „Schwinder, Jude; Komm man unten, Jungelken, dir schlagen wir die Knochen im Leibe kaputt.“ Auch unsere Rednerin, die Genossin Lungwitz, wurde angepöbeln. Am lautesten benahm sich ein Mann, von dem bekannt ist, daß er auf dem Gebiet der Schieberei und Bawucherung besonders was los hat. Schließlich begab sich der Pfarrer noch auf die Tribüne, um seine Anhänger zu beruhigen, aber auch sie anzuhängen gegen unsere Rednerin, die er vorher seinen Freunden benutzte. Die Mittel der Brutalität, mit denen die antisemitischen Herrschaften kämpfen, werden nicht verlangen. Wenn man aus dem Benehmen dieser Gesellschaft schließen soll auf die Behandlung der Rundschau durch diese Interessentenkreise, so möchte man das Publikum bedauern, das auf solche Leute angewiesen ist. Dann aber würde allein schon aus diesem Grunde es für freilichfertigen, die Milch unter keinen Umständen mehr im freien Handel auszugeben. Ferner sind solche Gründe maßgebend. Und die fordern die Kommunalisierung der Milch a dieterisch.

den den durchschneidenden Fluß Rußlands am Balkan anerkannte. Damit stellte es sich nicht nur in feindlichen Gegensatz zu der Türkei, sondern gab auch — hinter dem Rücken Oesterreichs — die Interessen der Donaumonarchie auf dem Balkan preis. Ist diese letzte Tatsache allein schon bezeichnend für die Doppeltgängerigkeit der Bismarckschen Politik, so zeigt andererseits der scharfe Widerspruch zwischen der Richtung der deutschen Orientpolitik unter Bismarck und der kurz nach seinem Abgang einschneidenden aggressiven Ostpolitik Wilhelms II. die ganze Inkonsistenz und Richtungslosigkeit der deutschen auswärtigen Politik. Noch Ende der achtziger Jahre übernimmt es Bismarck, die Interessen Rußlands gegenüber Oesterreich und der Türkei zu wahren. Und zwei Jahrzehnte später gebietet es zu den Glaubenssätzen der deutschen Diplomatie, die Interessen Oesterreichs und der Türkei mit allen Mitteln gegen Rußland zu verteidigen. Hierbei war natürlich weder das Interesse Oesterreichs noch das der Türkei ausschlaggebend, sondern einzig und allein das Interesse des deutschen Imperialismus, der über den Balkan nach Vorderasien kroch und seine Spitze gegen England richtete. Oesterreich und die Türkei waren nur notwendige Hilfsmittel der deutschen imperialistischen Politik, deren Schrecke die deutsche Diplomatie, nachdem sie sich genügend geübt hatte, nicht mehr zurück, den Gegensatz zu Rußland und England im Orient soweit zu verschärfen, daß der Weltkrieg unabweisbar wurde.

Phantasien und Verleumdungen.

Der „Vorwärts“ erzählt seinen Lesern noch verbliebenen Arbeiterlesern seit ein paar Tagen früh und abends, daß auf unserer Konterrevue „Rückigkeit, Verzogenheit und Verwahrheit“ zutage getreten sei. Das ist natürlich Unsinn. Von Rückigkeit und Verzogenheit kann angesichts der glänzenden Fortschritte, die unsere Partei gemacht hat, keine Rede sein. Und die Verleumdungen zeigen nicht nur keine Verwahrheit, sondern liefern vielmehr den Beweis, daß gerade in den wichtigsten Fragen eine weitgehende Einheitslichkeit der Auffassungen in der Partei herrscht.

Bei den Phantasien läßt es der „Vorwärts“ aber nicht bewenden, er knüpft daran seine gewohnten Verleumdungen:

Die Unabhängigen haben mit der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse Raubbau betrieben. Bald in jeder Woche liegen sie in den vergangenen Monaten an allen Ecken und Enden des Reichs einen Generalstreik auszulodern; ja, sie stellen sich den organisierten Bürgerkrieg in ihren Diensten. Die Agitation gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung wie die Sozialdemokratie überhaupt wurde mit den schärfsten Kräfteparolen, mit Verleumdungen wie Erdrückungen betrieben.

Das Gegenteil ist richtig. Die Unabhängigen haben nicht nur keine Generalstreiks auszulodern lassen oder den Bürgerkrieg organisiert, sie waren vielmehr unablässig bemüht, der Arbeiterklasse klar zu machen, daß all diese verwerflichen und lokalen Aktionen verfehlt sind und die revolutionäre Kraft nur schwächen. Wir sind all diesen Verleumdungen entgegengetreten, obwohl das außerordentlich schwer war, da die Arbeiter durch die unsozialistische, herausfordernde Politik der rechtssozialistischen Regierung unaufrichtig in Erregung verlegt worden sind. Doch jetzt diese vereinzelt Aktionen unterbleiben, ist kein Zeichen von Revolutionsmüdigkeit, sondern nur ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterklasse die Lage klar erkannt hat und in der Bewusstheit des Kampfes eine Vorbedingung des Erfolges sieht.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Von dem im Ausschuss zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets gestellten Anträgen haben die folgenden die Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums gefunden: 1. Die Reichsregierung wird von dem Ausschuss gebeten, an die anderen Länder mit dem Vorschlag heranzutreten, sofort eine internationale Beschlußfassung über die Einführung der Sechsstundenarbeit im Bergbau zu beschließen. 2. Der Ausschuss wird vom Reichsarbeitsminister mit den bisherigen Verhandlungen in Verbindung erklärt. Er prüft fortlaufend durch Ausschüsse, ob auf den Forderungen und von den Verbänden der Bergbau- und sonstigen Vorkommnissen zur Ermöglichung der Einführung der Sechsstundenarbeit getroffen werden. Ende November tritt der Ausschuss wieder zusammen, um den Vorschlag zu erheben, ob ohne Gefährdung der Kohlenversorgung Deutschlands die Sechsstundenarbeit am 1. Februar 1920 eingeführt ist.

Welche Anträge waren von den Vertretern der Bergarbeiter im Ausschuss gestellt worden. Im Ausschuss selbst wurde aber nur der erste über die internationale Regelung der Arbeitszeit zur Annahme. Nun ist durch die Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums auch dem zweiten überaus wichtigen Antrag stattgegeben.

Sektorisierung minderbemittelter Rentner.

Wir berichteten bereits am 29. August von schweren Auseinandersetzungen, die von einer Anzahl hiesiger Bürger des westfälischen Badesortes Bippfingee an minderbemittelten Rentnern begangen worden sind. Der damals schon erwähnte Vertrauensarzt der Reichsversicherungsanstalt Dr. Bradmann, dem rücksichtslos Vorgehen zum großen Teil die Verantwortung übertragen hat, drückte nun vor einigen Tagen in einer Versammlung der Bürgerschaft einen Beschluß durch, nach dem keine Krankenausschüsse mehr gebildet werden sollen und versicherungspflichtige Kranke, die an der Krankheitsbewegung gegen die Rührhände in ihrer Unterbringung und Verpflegung teilnehmen, sofort aus den Pensionen ausgeschlossen sind. Dr. Bradmann zwang daraufhin die Rührhände, einen Revers zu unterschreiben, durch den sie sich zur Anerkennung dieses Beschlusses verpflichteten. Die Durchführung dieses Beschlusses würde die Kranken völlig der Willkür wucherischer Pensionenbesitzer ausliefern. Wir erwarten, daß die zuständigen Behörden diese unerhörte Verletzung des Sozialrechts verhindern und die von dem früheren Rentnerratsausschuss aufgedeckten Rührhände auch gegen den Willen des Reichsarbeitsministeriums schleunigst beseitigen.

Rechtssozialistische Offenherzigkeit.

Die Nr. 1 der „Einwohnerwehr“ des amtlichen Organs der Reichswehr für Einwohnerwehren enthält einen Bericht über die in dem folgende Stelle enthalten ist: „Der Führer (G. P. D.)... Wir haben nicht die Absicht zu verurteilen — kein, reinigen wollen wir den Saal...“

Auch ein Beispiel für die wahre Gesinnungslosigkeit der Rechtssozialisten.

Was geht vor?

Neue Maßnahmen der Eisenbahndirektion.

Die Eisenbahndirektion Berlin versendet folgenden Telegrammbrief: Berlin, den 9. September 1919. Schönberger Ufer 1—4. Sofort!

Telegrammbrief.

An die Betriebsämter und Bahnhofsstellen des Betriebs — je besonders —

Ohne Befragen der Arbeiter haben die Bahnmänner sofort namentlich zu melden, wieviel Streckenarbeiter nach Ihren persönlichen Kräften und nach ihrer Gewöhnung an anstrengende Arbeiten im Bergbaubetrieb für Schlepper und Hilfsarbeiter über Tage geeignet sind. Es kommen nur solche in Frage, die frei gemacht werden können. Eine Kündigung für diesen Zweck kommt nicht in Frage.

Die Betriebsämter stellen die Angaben zusammen und senden die Zusammenstellung als Telegrammbrief an Arbeitsamt (Z 94).

Mit diesem Vorstoß der Eisenbahndirektion befahte sich eine am Freitag vormittag im Herffschen Saal des Lehrervereinshauses stattgefundene Eisenbahnerversammlung, in der Bezirksleiter Schulz sprach. Er sagte aus: Ein Erlaß des Eisenbahnministers sucht aus den Reihen der Streckenarbeiter Hilfskräfte für den Bergbaubetrieb. Mit Hilfe der Vertrauensleute soll die Ausfortierung der Arbeiterläufe vorgenommen werden und die freien Stellen sollen für die jetzt zurückkehrenden Kriegsgefangenen offen gehalten werden. Ein Telegramm verlangt nun, daß die Betriebsleiter namentlich melden sollen, wieviel Streckenarbeiter für Schlepper und Hilfsarbeiter in Frage kommen. Eine Kündigung findet nicht statt. Dies geschieht alles ohne Befragen der Arbeiter. Glaubte die Direktion, die Eisenbahner wie Ware verhandeln und abschleppen zu können? Ueber die Köpfe der Arbeiter dürfen solche Verfügungen nicht erlassen werden. Es liegt sehr nahe, daß diese Maßnahmen dazu benutzt werden, um politisch und gewerkschaftlich Unbequeme loszuwerden. Ist das Demokratie? — Die Regierung glaubt, daß wir nicht einig sind, und versucht diesen Zeitpunkt zu einem Schlag gegen die Eisenbahner auszunutzen, die Arbeiter werden als faul und arbeitsscheu hingestellt und Stimmung gegen sie gemacht. Braunig-Frankfurt a. M. heißt die Hölle der gesamten Arbeiterklasse in Aussicht, möchte aber keine Herabsetzung, nachdem noch mehrere Redner für Betriebsorganisation und gegen Arbeitsgemeinschaft sprachen und der Verbandsvorstand scharf angegriffen wurde, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 12. September im Lehrer-Vereinshaus tagende Eisenbahner-Versammlung protestiert auf das Energischste gegen die reaktionären Verfügungen, die von dem Eisenbahn-Ministerium und der Direktion erlassen werden. Sie erklärt, daß diese Verfügungen einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Eisenbahner bilden. Sie beweisen vielmehr, daß der Minister Oeser kein Sach-, sondern ein politischer Minister ist. Die Versammlung nimmt ganz energische Stellung gegen solche Gewaltmittel und protestiert im weiteren gegen die Einführung der Arbeit in der Nordarbeit oder des Prämien-systems. Die Eisenbahner werden nicht eher ruhen, bis alle Kollegen reiflos über den Anschlag der Verwaltung aufgeklärt sind. Die letzten Anschläge beweisen aufs neue, daß unser Zusammenschluß im deutschen Eisenbahner-Verband ein noch festerer sein muß.

Falsche Behauptung des „Vorwärts“.

Vom Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird uns mitgeteilt, daß die Behauptung des „Vorwärts“, die Bundesleitung wäre wegen Unternehmung geeigneter Schritte zur Cassenlösung Friedts an den Reichsbund herangerufen, u. u. w. ist. Der Artikelschreiber des „Vorwärts“ sei mit dem Reichsbund eng verbunden, hätte also wissen müssen, daß er mit seiner Behauptung eine bewusste Annerkennung ausprobierte. Seine Absicht sei jedenfalls nur gewesen, den Bund zu schädigen.

Uns aller Welt.

Gedennglied.

Wien, 11. September.

Auf dem Hofplatz in Vodka stürzte gestern bei der Stellbahn das Fördergerüst, das mit sechs Bergarbeitern besetzt war, infolge Reißens des Förderseiles 70 Meter tief in den Schachtsumpf. Von den sechs Bergarbeitern waren fünf sofort tot, der sechste starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Alle sechs waren verheiratet.

Soeben erschienen:

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten

Von

HEINRICH STROBEL

68 Seiten — 2 Mark

